

nie die Rentabilität der Bergbauaktivitäten als handlungsleitende Maxime absichern.

Insofern lässt sich im Anschluss an die Befunde dieser Arbeit argumentieren, dass das Handeln der Bergbauunternehmen nicht grundsätzlich gegen den Widerstand lokaler Akteur:innengruppen oder politischer Institutionen erfolgt. Für die unternehmerische Einflussnahme nutzen transnationale Bergbauunternehmen vielmehr staatliche Instrumente und durch politische Richtungsentscheidungen ihnen überlassene Handlungsspielräume, um in den Abbauregionen ihr primär betriebswirtschaftliches Interesse zu verfolgen. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten jenseits der Goldförderung stellen für die Bergbauunternehmen einen sekundären, wenn auch gleichermaßen zentralen Schauplatz dar, an dem sie entlang der Lebensdauer der Mine über die Umsetzung vielfältiger Programme zur Förderung lokaler Entwicklung immer wieder versuchen, die soziale Akzeptanz und damit die Rentabilität der Mine zu gewinnen und sicherzustellen.

8.3 Ausblick

Im Rahmen der wissenschaftlichen Diskussion über die Ausweitung des industriellen Bergbaus in Argentinien leistet diese Arbeit einen Beitrag, indem sie den Einfluss von Bergbauunternehmen auf lokalpolitische Prozesse anhand von Minenprojekten behandelt, die in der Literatur bisher nur wenig Beachtung gefunden haben. Auch aufgrund der Neuartigkeit des industriellen Bergbaus in Argentinien interessieren sich bislang lediglich vereinzelte Arbeiten für die Interaktionsbeziehungen zwischen Bergbauunternehmen und weiteren Vertreter:innen der Gemeinden in den Abbauregionen jenseits des Entstehens von Konflikten um Bergbau. In den letzten Jahren wurden vor allem in der Provinz Santa Cruz im südlichen Patagonien zahlreiche neue industrielle Minenprojekte entwickelt, die in der öffentlichen Diskussion kaum Aufmerksamkeit erfahren haben (Galand 2020). Welche Maßnahmen die Betreiber der Minen implementiert haben, um soziale Akzeptanz für ihre Bergbauaktivitäten in den angrenzenden Gemeinden zu mobilisieren, ist ebenso wenig erforscht wie die lokalpolitischen Folgen des Unternehmenshandelns. Hingegen haben die provinzwweiten Mobilisierungen gegen die Entwicklung eines industriellen Tagebaubergwerks in der nordpatagonischen Provinz Chubut 2020 in sozialen Medien und Tageszeitungen breitere Aufmerksamkeit erfahren (Foglia 2020; Tronfi 2020). Die Mobilisie-

rungen knüpfen an die Konflikte um Bergbau zu Beginn der 2000er Jahre an und problematisieren die bergbaupolitischen Pläne als einen Bruch mit dem Provinzgesetz (*Ley 5001*), das den Tagebau seit 2003 verbietet.

Ausgangspunkt meiner Arbeit war die Beobachtung, dass nicht in allen Abbauregionen manifeste Konflikte zwischen Bergbauunternehmen und Vertreter:innen lokaler Gemeinden im Kontext der Ausweitung industrieller Goldbergbauvorhaben in Lateinamerika entstehen. Vielmehr haben Bergbauunternehmen vielfältige Maßnahmen und Programme zur Förderung lokaler Entwicklung implementiert, mit denen sie versuchen, entlang der Lebensdauer von Minen soziale Akzeptanz in an Minen angrenzenden Gemeinden zu schaffen. Dabei lässt sich feststellen, dass sie ihren Unternehmensinteressen entsprechend überwiegend sozial- und infrastrukturpolitische Maßnahmen umsetzen und auf diese Weise in staatliche Kompetenzbereiche hineinreichen sowie Einfluss auf lokalpolitische Prozesse nehmen.

Die Ergebnisse dieser Arbeit knüpfen an bestehende Forschungen zur Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika an. Sie leisten einen Beitrag zum Verständnis, wie Bergbauunternehmen Legitimation für ihre Bergbauaktivitäten herzustellen versuchen und welche demokratie- sowie entwicklungspolitischen Folgen von ihrem Handeln ausgehen. Bestehende empirische Forschungsarbeiten zur Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika konzentrieren ihre Analyse vornehmlich auf das Entstehen von Konflikten zwischen Bergbauunternehmen und lokalen Bevölkerungsgruppen (Bebington/Bury 2013; Haslam/Tanimoune 2016; Svampa/Antonelli 2009). Studien aus der CSR-Literatur untersuchen zwar die Maßnahmen, die Unternehmen in den Abbauregionen verfolgen, um ein Entstehen von Konflikten um Bergbau zu verhindern. Sie sehen in diesen vorrangig eine Frage des Managements zwischen Bergbauunternehmen, Gemeinden und Staat (z.B. Boutilier/Thomson 2019; Gunningham et al. 2004). Wie die gesellschaftlichen Verhältnisse und lokalpolitischen Strukturen beschaffen sind, auf die die Unternehmen einwirken, betrachten sie jedoch nicht. Wiederum andere empirische Studien, die sich mit den Auswirkungen von Bergbau beschäftigen, erkennen an, dass das Handeln der Bergbauunternehmen weitreichende Transformationsprozesse in den Abbauregionen befördert (Bebington 2012a; Godfrid 2017a). Welche demokratie- und entwicklungspolitischen Auswirkungen die Unternehmen auslösen, können sie allerdings nicht erklären. Die vorliegende Arbeit leistet einen Beitrag zum Schließen der Forschungslücken und zeigt Anknüpfungspunkte für die zukünftige Forschung zur Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika auf.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ausweitung extraktiver Industrien in Lateinamerika greift bisher kaum auf Governance-Ansätze zurück. Dies lässt sich damit erklären, dass Arbeiten innerhalb der Politikwissenschaft vorrangig auf Governance-Ansätze rekurren, um eine vermeintliche neue Komplexität politischer Entscheidungsprozesse auf internationaler Ebene oder die Auslagerung politischer Entscheidungen von nationalstaatlicher Ordnungspolitik in informelle Netzwerke zu betrachten (Benz et al. 2007; Benz/Dose 2010). Mit meinem Analyserahmen konnte ich bestehende Governance-Ansätze um macht-, demokratie- und handlungstheoretische Perspektiven erweitern und sie als Erklärungsansatz innerhalb der Diskussion um die Ausweitung des Bergbaus in Lateinamerika fruchtbar machen. Bergbauunternehmen habe ich dabei nicht als »monolithische Akteure« (Dougherty 2013: 439) betrachtet, sondern einen differenzierten Einblick in ihr Handeln in den Abbauregionen gegeben. Die Interaktionsbeziehungen zwischen Bergbauunternehmen und Vertreter:innen politischer Institutionen und weiterer lokaler Einrichtungen konnte ich ebenfalls differenziert in den Blick nehmen. Mit dieser Analyseperspektive ist es mir gelungen, die Ausweitung des industriellen Goldbergbaus nicht auf seine sozialökologischen Auswirkungen zu reduzieren, sondern weitere Transformationsprozesse, die sich auf demokratie- und entwicklungspolitische Folgen beziehen, ins Zentrum der Untersuchung zu rücken.

Die Befunde dieser Arbeit – dass Bergbauunternehmen ihre Unternehmensinteressen verräumlichen sowie zu einer Informalisierung politischer Partizipation und zur Privatisierung lokaler Politik beitragen – haben für die Abbauregionen weitreichende Implikationen. Die Bergbauunternehmen stellen für die zeitlich begrenzte Lebensdauer der Minen selektiv an Unternehmensinteressen ausgerichtet eine Reihe an Gütern und Leistungen bereit und übernehmen quasi-staatliche Funktionen in den Gemeinden der Abbauregionen. Dabei unterliegt ihr Vorgehen kaum einer demokratischen Kontrolle, ihr Handeln hat aber Einfluss auf lokale Gemeindehaushalte, auf politische Entscheidungsstrukturen und -prozesse sowie auf die entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung in den Gemeinden.

Die von den Unternehmen verstärkten Privatisierungsprozesse stellen die Gemeinden der Abbauregionen vor weitreichende Herausforderungen. In diesem Zusammenhang verdeutlicht die vorliegende Arbeit, dass diese Befunde sich nicht einseitig über die Einflussnahme von Bergbauunternehmen erklären lassen. Für die Bergbauunternehmen ist zwar die betriebswirtschaftliche Rentabilität der Minen handlungsleitend und ihre

sozial- und infrastrukturpolitischen Maßnahmen und Programme sind funktional diesem Ziel untergeordnet. Sie können ihre Partikularinteressen in den Abbauregionen hingegen gerade deshalb durchsetzen, weil sie von staatlicher Seite den entsprechenden Spielraum erhalten: Es sind niedrige Steuerabgaben und Umweltstandards, die Abbauregionen in Argentinien und Lateinamerika für transnationale Bergbauunternehmen attraktiv machen. Aber auch ausbleibende staatliche Subventionen und Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur stellen für die Bergbauunternehmen Möglichkeiten dar, sich mit ihren eigenen Maßnahmen und Programmen in der Förderung lokaler Entwicklung zu profilieren. Dies macht umso deutlicher, dass die entwicklungspolitische Strategie zahlreicher Regierungen Lateinamerikas, über die Ausweitung industrieller und privatwirtschaftlich organisierter Bergbauaktivitäten lokale Entwicklung zu fördern, erst weitreichende Handlungsspielräume für die Unternehmen geschaffen hat.

Für lokale Demokratie und Entwicklung in Abbauregionen bergen diese Dynamiken weitreichende Herausforderungen, die es in weiteren Studien nach dem Schließungsprozess von industriellen Minen in den nächsten Jahren zu beobachten gilt. Die Ausprägungen und Folgen von Unternehmenspolitik, die weit über deren genuine Tätigkeiten hinausgehen, stellen innerhalb der entwicklungspolitischen Debatten keine völlig neuen Themen dar. In der Diskussion um die Ausweitung des industriellen Bergbaus in Lateinamerika wurden die Rolle der Bergbauunternehmen und die lokalpolitischen Folgen ihres Handelns bisher jedoch nur unzureichend behandelt. Zukünftige Forschungen können an den Befunden dieser Arbeit anknüpfen und weitere Einblicke darin geben, welche demokratie- und entwicklungspolitischen Implikationen das Handeln der Bergbauunternehmen in den Abbauregionen mit sich bringt, und zwar sowohl während der Lebensdauer einer Mine als auch nach dem Ende der Bergbauaktivitäten.

Weiterführende Forschungen, die sich mit den entwicklungs- und demokratiepolitischen Auswirkungen des unternehmerischen Einflusses auf lokale Politik im Kontext des industriellen Bergbaus auseinandersetzen, können die empirische Sättigung der Befunde der vorliegenden Arbeit weiter erhöhen. Eine analytische Verallgemeinerung bietet meine Studie über den in dieser Arbeit entwickelten theoretischen Analyserahmen, der sich auf ähnliche Fälle übertragen lässt, also industrielle Minen, die von transnationalen Betreibern geführt werden und in deren Abbauregionen Bergbauunternehmen Programme zur Förderung lokaler Entwicklung umsetzen. Eine Übertragung meines

Analyserahmens auf weitere Fälle in anderen lateinamerikanischen Staaten, in Subsahara-Afrika oder in Südostasien könnte Erkenntnisse darüber bringen, inwiefern die in dieser Studie identifizierten Wirkungszusammenhänge über unterschiedliche politische, soziale und soziokulturelle Kontexte hinweg verallgemeinerbar sind. Weitere Erkenntnisse kann eine vergleichende Untersuchung für die Frage bringen, inwiefern transnationale Bergbauunternehmen in verschiedenen Kontexten ein ähnliches Setting von Maßnahmen und Programmen einsetzen oder inwiefern sie Maßnahmen an gesellschaftliche Strukturen und sozioökonomische Bedarfe in den Abbauregionen anpassen. Für weitere kritische Forschungsarbeiten zu unternehmerischen Legitimationsstrategien im Kontext der Ausweitung industrieller Bergbauvorhaben bietet meine Arbeit damit einen zentralen Ausgangspunkt.